

Wir kommen zur Abstimmung über Einzelplan 15. Der Haushalts- und Finanzausschuss empfiehlt, den Einzelplan in der Fassung seiner Beschlüsse anzunehmen. Wer möchte dieser Beschlussempfehlung zustimmen? – Die Fraktionen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen. Wer stimmt dagegen? – Die Fraktionen von CDU und FDP. Gibt es Enthaltungen? – Keine. Damit ist die **Beschlussempfehlung Drucksache 15/1715 angenommen**, wobei die Fraktion Die Linke an der Abstimmung nicht teilgenommen hat, und der **Einzelplan 15 verabschiedet**.

Ich rufe auf:

Einzelplan 12
Finanzministerium
Einzelplan 20
Allgemeine Finanzverwaltung

Es gibt dazu die Beschlussempfehlungen Drucksache 15/1712 und Drucksache 15/1720.

Ich eröffne die Beratung zu den Themenfeldern „Allgemeine Finanzverwaltung“ und „Haushaltsgesetz“. – Als Erstes spricht für die Fraktion der CDU Herr Krückel.

Bernd Krückel (CDU): Sehr geehrte Frau Präsidentin! Werte Kolleginnen und Kollegen! Die Beratungen zum Landeshaushalt 2011 stehen unter einem enormen Zeitdruck. Diesen Zeitdruck hat ausschließlich die Landesregierung zu verantworten. Er tut der Qualität der Beratungen nicht gut.

Die selbsternannte Koalition der Einladung wurde schon mit dem Nachtragshaushalt 2010 die Koalition der gescheiterten Haushaltspolitik und verdient sich diesen Namen mit dem Haushaltsentwurf 2011 erneut. Obwohl sich schon im Vorfeld der Entscheidungen des Verfassungsgerichtshofs abzeichnete, dass der Entwurf des Landeshaushaltes 2011 mit einer beabsichtigten Verschuldung von mehr als 7 Milliarden € nicht haltbar sein würde, hat die Landesregierung nur zum Schein eingelenkt und nach der Entscheidung das gleiche Altpapier, erweitert um eine Ergänzungsvorlage, vorgelegt, was schon vor der Entscheidung des VGH nur zur Entsorgung getaugt hätte.

Bezeichnend ist, dass die Landesregierung nicht die Kraft aufgebracht hat, eine Ergänzungsvorlage vorzulegen, die der geänderten Situation Rechnung getragen hätte. Oder durfte der Finanzminister schlicht und ergreifend nicht? Die präventive Finanzpolitik der Ministerpräsidentin wäre sicherlich noch deutlicher entzaubert und demontiert worden.

So beraten wir heute einen Haushalt, der durch Änderungsanträge der SPD und der Grünen so frisiert wird, dass zumindest der Anschein entstehen soll, man wolle Verfassungsmäßigkeit herstellen.

Haben wir insbesondere durch die Presse erfahren dürfen, dass in einzelnen Ministerien Chaos und Ratlosigkeit herrschen, so konnten wir heute hier im Plenum erleben, dass das wohl auch zwischen den Ministern der Fall ist.

Wenn der Finanzminister weiterhin den Anschein erweckt, das gesamtwirtschaftliche Gleichgewicht sei gestört, um die Verschuldung zu rechtfertigen, dann mutet es schon seltsam an, dass der Wirtschaftsminister heute Morgen einen Lobgesang auf die prosperierende Wirtschaft unseres Landes anstimmt, welches sich nach seinen Ausführungen deutlich besser entwickelt als die anderen Länder und der Bund. – Meine Herren Minister, stecken Sie mal die Köpfe zusammen und einigen Sie sich auf eine Sprachregelung. Was wir in diesen Tagen von Ihnen hören, ist unwürdig für Nordrhein-Westfalen.

Die selbsternannte Koalition der Einladung ist ja in Wirklichkeit auch eine Koalition der Schwäche – eine Koalition der Schwäche deshalb, weil sie nicht selbst die Kraft hat, eine Mehrheit für den Haushalt zu finden und auf Die Linke schielen muss, um durch deren Nichtteilnahme oder was auch immer den Haushalt verabschieden zu können.

Ich möchte für die Fraktion der CDU deutlich machen, dass wir im Haushaltsplan 12 grundsätzlich der Einstellung von mehr Betriebsprüfern zustimmen, aber wir vermissen Augenmaß. Die Regierung verweigert sich, die Aufstockung der Zahl der Betriebsprüfer durch Einsparungen an anderen Stellen zu kompensieren. Einer dramatisch sinkenden Bevölkerung steht eine wachsende Schar von Landesbediensteten gegenüber – das ist keine vorausschauende Ausgabenpolitik.

Welche Folgen hat die sofortige Einstellung der zusätzlichen Betriebsprüfer? – Wer die Mitarbeiter ad hoc aus der Veranlagung abzieht und in die Ausbildung zur Betriebsprüfung gibt, schwächt natürlich den Innendienst und die Veranlagungen. Eine gute Veranlagung aber ist die Basis für eine gleichmäßige Steuerfestsetzung. Wenn die Mitarbeiter der Veranlagungen dann noch durch eine restriktive Handhabung der Fristverlängerungen belastet werden, nimmt die Qualität der Veranlagung zwingend Schaden.

Wenn ich an den Einzelplan 20 denke, den Haushaltsplan der allgemeinen Finanzverwaltung, so freut es mich, dass die Regierungskoalitionen nun auch erkannt haben, dass Steuereinnahmen in einem höheren Maße zu erwarten sind und die Neuverschuldung daher gesenkt werden kann. Es würde mich freuen, wenn ein Redner der regierungstragenden Fraktionen deutlich machen würde, dass die Steuererhöhungsgorgien der Linken nicht zu machen sind.

(Rüdiger Sagel [LINKE]: Sie sollen die Einnahmeseite verbessern!)

Man muss Sorge haben, wie weit die Minderheitsregierung den Linken entgegenzukommen gedenkt, um deren Wohlwollen zu erreichen.

Lassen sie mich abschließend zu so später Stunde die Fakten kurz festhalten.

Erstens. Auch die Regierungsfractionen haben inzwischen erkannt, dass man die Verfassungsgrenze auch über die sich abzeichnenden Mehreinnahmen einhalten kann.

Zweitens. Beim Länderfinanzausgleich und den Bundesergänzungszuweisungen ist Rot-Grün unseren Annahmen von 300 Millionen € Mehreinnahmen gefolgt.

Drittens. Bislang hat sich Rot-Grün geweigert, Steuermehreinnahmen anzuerkennen; nun erwartet man über die Änderungsanträge gleich 1,3 Milliarden € mehr – Welch überraschende Wende.

Viertens. Das Märchen von der Störungslage wird aber dennoch nicht aufgegeben. Meine Fraktion erwartet von der Landesregierung und der Abstimmungsmehrheit, dass sie einen Landshaushalt vorlegen, der die Verfassungsgrenze einhält. Das ist machbar, fangen Sie endlich an, mit Augenmaß zu sparen! – Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall von der CDU und von der FDP)

Vizepräsidentin Gunhild Böth: Danke, Herr Krückel. – Für die Fraktion der SPD spricht jetzt Herr Börschel.

Martin Börschel (SPD): Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! „Sehr geehrte Damen und Herren“ kann ich zu dieser Stunde nicht mehr sagen.

Herr Kollege Krückel, ich muss mit Enttäuschung feststellen, dass Sie doch überwiegend Plattitüden von sich gegeben haben, statt sich ernsthaft mit dem von uns vorgelegten Haushalt auseinanderzusetzen.

(Zuruf von Karl Schultheis [SPD])

Ihre vermutlich rhetorisch gemeinte Frage, wie denn die regierungstragenden Fraktionen mit den Anträgen der Linken umgehen würden, lässt nur einen Schluss zu: dass Sie offensichtlich bei der bisherigen Beratung geschlafen haben müssen, denn wir haben uns bereits zu diesen Anträgen verhalten – sowohl hier im Plenum wie auch im HFA. Das muss Ihnen ganz offensichtlich entgangen sein.

(Beifall von der SPD und von den GRÜNEN)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir beraten hier heute einen Haushalt, der seit seiner Einbringung eine sehr erfreuliche Entwicklung erfahren und Veränderungen durchlaufen hat.

Die Nettoneuverschuldung konnte nach heutigem Stand auf etwa 4,8 Milliarden € gesenkt werden und liegt damit deutlich unter dem Stand bei Einbringung, aber – ich will das betonen – auch deutlich unter dem Stand der von CDU und FDP gemachten mittelfristigen Finanzplanung. Ich sage deswegen „nach heutigem Stand“, weil uns erstens die dritte Lesung noch bevorsteht und zweitens die Regierung mit unserer vollen Unterstützung zugesagt hat, mögliche Steuermehreinnahmen zugunsten der Senkung der Nettoneuverschuldung einzusetzen.

Bis auf Weiteres liegen wir mit dieser Summe knapp 1 Milliarde € über der Summe, die nach alter und letztlich überholter Definition als „Investitionen“ bezeichnet werden. Dies ist nach unserer Verfassung nur zulässig, wenn das gesamtwirtschaftliche Gleichgewicht ernsthaft und nachhaltig gestört ist. Außerdem muss die erhöhte Kreditaufnahme nach Umfang und Verwendung geeignet sein, die Störung des gesamtwirtschaftlichen Gleichgewichts abzuwehren – das haben wir zuletzt noch mal durch den Verfassungsgerichtshof des Landes gehört.

Die Eignung einer Vielzahl von Maßnahmen zur Abwehr der Störungslage ist in der gesamten Plenardebatte gestern und bis zur heutigen Stunde von Rednerinnen und Rednern der Regierung, aber auch der regierungstragenden Fraktionen vorgetragen und in vielen, vielen Einzelfällen nachgewiesen worden. Die vorgetragenen Argumente möchte ich daher ausdrücklich in die verfassungsrechtliche Debatte mit einbeziehen.

Ich erinnere hier nur noch einmal an die zusätzlichen 650 Millionen € für die Kommunen als Hauptinvestitionsträger vor Ort.

(Beifall von der SPD)

Die kommunalen Spitzenverbände haben ausdrücklich darauf hingewiesen, dass diese Mittel ganz wesentlich investiv verwendet werden.

Ich erinnere aber auch an die 420 Millionen € für den Bildungsbereich. Wir alle wissen, dass Investitionen nicht alleine aus Stein, Beton oder Asphalt bestehen. Der Verfassungsgerichtshof spricht in seinem Urteil vom 15. März deshalb weitsichtig und rechtsfortbildend auch ausdrücklich von „zukunftsbeginünstigenden Ausgaben“;

(Beifall von der SPD)

auf Seite 33 des Urteils steht das so. Und schon Benjamin Franklin sagte daher zu Recht: „Eine Investition in Wissen bringt noch immer die besten Zinsen.“ Auf dieses Zitat – Frau Kollegin Freimuth, Sie wollen gerade Luft holen – hat mich übrigens extra der Kölner FDP-Bürgermeister Manfred Wolf aufmerksam gemacht; ein sehr weitsichtiger Mann in diesem Kontext. Ich würde Sie herzlich bitten, sich das zu Gemüte zu führen.

(Beifall von der SPD)

Und auch das RWI – ich betone es hier immer wieder gerne: bekanntermaßen keine Vorfeldorganisation der Sozialdemokratie – bestätigt in seiner Stellungnahme vom 22. März dieses Jahres, dass Bildungsinvestitionen im frühkindlichen Bereich finanziell zu hohen sozialen Renditen führen.

Unabhängig davon müssen wir aber weiter von einer Störung des gesamtwirtschaftlichen Gleichgewichts ausgehen. Aus Zeitgründen kann ich selbstverständlich hier und jetzt nicht auf alle Einzelheiten der Abwägung eingehen.

Die Fraktionen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen machen sich allerdings die von der Landesregierung in der Vorlage 15/550 für den HFA gemachten Ausführungen und Gründe zu eigen. Wir werden die Ausführungen und Abwägungen, die uns zur Annahme der Störung des gesamtwirtschaftlichen Gleichgewichts bewogen haben, selbstverständlich vor der dritten Lesung nochmals ausführlich im HFA darstellen.

Ich habe die Präsidentin streng im Nacken. Lassen Sie mich einige Gründe deshalb nur in kürzester Form nennen. Gegen die Störungslage wird in etlichen Äußerungen die erfreuliche wirtschaftliche Erholung vorgebracht. In der Tat scheint die Bundesregierung ihre Wachstumsprognose für dieses Jahr auf 2,6 % korrigieren zu wollen.

Allerdings verkennt diese Interpretation, dass das wirtschaftliche Gleichgewicht durch insgesamt vier Teilziele gekennzeichnet ist. Für ein Bundesland ist sie durch drei Teilziele gekennzeichnet, weil sich das außenwirtschaftliche Gleichgewicht für NRW nicht sinnvoll bestimmen lässt.

Eines dieser Teilziele ist ein angemessenes und stetiges Wirtschaftswachstum. Zur Definition verwenden wir von den regierungstragenden Fraktionen ebenso wie die Landesregierung die sogenannte Produktionslücke. Die Wachstumsrate ist nur ein Element dieses Teilziels. Das ist auch logisch. Andernfalls könnte per definitionem im ersten Jahr nach einem Abschwung, also sobald ein Plus vor der Wachstumsrate steht, keine Störungslage mehr vorliegen.

Dies wäre unabhängig davon der Fall, wie groß oder – anders ausgedrückt – wie klein das Wachstum ist und unabhängig davon, wie stark der vorangegangene Abschwung war. Diese Schlussfolgerung macht schon deutlich, dass es per definitionem alleine gar nicht auf die Wachstumsrate ankommen kann, weil das unlogisch wäre und uns inhaltlich nicht weiterführt.

(Beifall von der SPD)

Die überproportionale und von einigen fast absolute Betonung der Wachstumsrate als Indikator können wir daher nach Abwägung aller Umstände nicht teilen. Nicht umsonst fand die Produktionslücke als Indikator auch Eingang in die Schuldenregel des

Art. 115 des Grundgesetzes, in dem mittlerweile ausdrücklich eine konjunkturelle Normallage Niederschlag gefunden hat. Selbst das RWI geht in seiner eben schon zitierten Stellungnahme von einer Output-Lücke von minus 1,1 % des potenziellen Bruttoinlandsprodukts aus. Diese Output-Lücke könne erst im Jahr 2013 geschlossen werden.

Mit Blick auf das zweite Teilziel – hoher Beschäftigungsstand – sind wir trotz sinkender Arbeitslosenzahlen von Vollbeschäftigung als Maßstab mit circa 3 Millionen Arbeitslosen bundesweit noch weit entfernt. Wir müssen leider feststellen, dass wir in NRW unter anderem durch das Versagen der alten schwarz-gelben Landesregierung weit über dem Durchschnitt der Arbeitslosenzahlen liegen. Wir liegen übrigens nicht nur über den Zahlen des gesamtdeutschen Durchschnitts, sondern auch über denen des westdeutschen Durchschnitts.

Das dritte Teilziel ist die sogenannte Preisniveaustabilität. Die Europäische Zentralbank gibt als Maßstab einen Wert von unter 2 % Inflationsrate an. Das eben schon zitierte RWI, das im Ergebnis nicht von einer Störungslage ausgehen mag, geht von 2,5 % Inflationsrate in diesem Jahr aus. Auch die EZB selbst hat wegen einer erkennbaren Inflations-tendenz gerade eben erstmals seit langer Zeit wieder die Leitzinsen angehoben und wird diesem Schritt zur Eindämmung von Inflationsrisiken vermutlich weitere folgen lassen.

Mit Blick auf die Maßstäbe des Verfassungsgerichts Nordrhein-Westfalen kann ich also nach Abwägung aller Umstände festhalten, dass wir in allen drei Teilzielen noch eine Abweichung von der Normallage feststellen müssen.

Die Entwicklungstendenz ist in einem Fall deutlich negativ. Insbesondere wegen der immer noch instabilen Situation der Finanzmärkte und in einigen Fällen sogar der instabilen Situation ganzer Volkswirtschaften wie Griechenland, Irland, Portugal oder Spanien gibt es ganz erhebliche Risiken, die erfreuliche Entwicklungstendenzen ganz massiv beeinträchtigen und stören können. Das mussten wir zwingend in unsere Abwägung einbeziehen.

Lange Rede kurzer Sinn: Wir befinden uns bei der Feststellung der Störungslage des gesamtwirtschaftlichen Gleichgewichts übrigens in der Gesellschaft unter anderem von Bayern, Hessen und Niedersachsen. Diese Länder sind bei ähnlicher Erkenntnislage, also zu einem ähnlich aktuellen Zeitpunkt wie wir, zu derselben Schlussfolgerung gelangt wie die Landesregierung und die regierungstragenden Fraktionen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, sehr geehrte Damen und Herren, das sind die wesentlichen Gründe unserer Abwägung. Mehr dazu kommt demnächst nicht nur in diesem Theater, sondern auch im HFA. Dort werden wir noch einmal sehr ausführlich und

intensiv die Dinge darstellen, die angesichts des Zeitkontingents jetzt möglicherweise zu kurz kommen mussten.

Ich gehe davon aus, dass die Darstellung der Landesregierung und der regierungstragenden Fraktionen zur Annahme einer Störung des gesamtwirtschaftlichen Gleichgewichts nach Abwägung und gründlicher Überprüfung dieser Argumentation angemessen und so nachvollziehbar vorgetragen worden sind, dass die Grundsätze der Verfassung geachtet und bewahrt wurden. – Herzlichen Dank.

(Beifall von der SPD und von den GRÜNEN)

Vizepräsidentin Gunhild Böth: Danke, Herr Börschel. Herr Börschel, ich gehe einmal davon aus, dass die Bemerkungen zu meiner Art der Sitzungsleitung ein positives Kompliment sein sollten. – Als Nächstes redet für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen Herr Mostofizadeh.

Mehrdad Mostofizadeh (GRÜNE): Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Herr Börschel hat sich schon sehr ausführlich mit der Störungslage befasst. Ich möchte mich dieser Einschätzung für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen in allen Punkten anschließen und zumindest für einen Teilbereich noch einige ergänzende Bemerkungen machen.

Die CDU-Fraktion trägt immer die gleiche Einschätzung vor sich her, wonach die Haushaltslage der Kommunen verheerend ist. Jetzt ist das zunächst einmal nur eine politische Einschätzung.

Seit wenigen Wochen liegt uns auch ein Gutachten der Gutachter Junkernheinrich und Lenk vor. Sie führen sehr dezidiert aus, dass die kommunale Familie in Nordrhein-Westfalen mit 2 bis 2,5 Milliarden € jährlich unterfinanziert ist. Sie legen einen Plan zur Sanierung der Kommunen vor, der in den nächsten zehn Jahren ein Volumen von 38 Milliarden € umfasst.

Die regierungstragenden Fraktionen glauben, dass man das ebenfalls in die Betrachtung der Störungslage einbeziehen muss, weil es zu unserem verfassungsgemäßen Auftrag gehört, die Kommunen entsprechend der Landesverfassung ordnungsgemäß auszustatten. Wenn wir dies als Land aufgrund unserer desaströsen Haushaltslage, die Sie ganz wesentlich vorgeprägt haben, nicht in ausreichendem Maß tun können, trägt dies zur Störungslage bei.

Ich will das nicht nur allgemein sagen. Vielmehr müssen wir konstatieren, dass sich Banken den Markt sehr genau angucken und ihre Zinsen für Kredite und das Rating der Kommunen genau nach dieser Fragestellung ausrichten. Das hat unmittelbare Folgen für die Finanzmärkte. Auch das trägt zur Störungslage in Nordrhein-Westfalen in ganz besonderer Weise bei.

Ich möchte angesichts der Haushaltsdebatte, die geführt worden ist, und angesichts des Antrags, den die CDU-Fraktion vorgetragen hat, den Ball an der Stelle zurückspielen.

Vizepräsidentin Gunhild Böth: Entschuldigung, Herr Kollege, dass ich Sie unterbreche. Wären Sie willens und bereit ...

(Holger Ellerbrock [FDP] zieht seine Wortmeldung zurück.)

– Entschuldigung für die Unterbrechung. Er hat es sich anders überlegt. Wir werden die Redezeit nachtragen.

Mehrdad Mostofizadeh (GRÜNE): Ist jetzt keine Zwischenfrage gewünscht?

Vizepräsidentin Gunhild Böth: Nein.

Mehrdad Mostofizadeh (GRÜNE): Gut, alles klar. Unentschlossen, Herr Kollege? – Macht nichts.

Ich möchte den Rahmen für diese Haushaltsberatungen zumindest noch einmal kurz beleuchten: Mit einem Riesenpopanz und scharfen Worten – allerdings vom Blatt abgelesen – hat Herr Krückel eben die Haushaltspolitik der Landesregierung und der sie tragenden Fraktionen angegriffen.

Schauen Sie sich den Antrag an, den Sie heute auf den Tisch gelegt haben, stelle ich fest: Der strotzt nur so vor Verfassungswidrigkeit und Unzulänglichkeiten in allen Einzelpunkten, die Sie vorgelegt haben.

(Beifall von den GRÜNEN und von der SPD)

Sie haben sich schon im HFA noch nicht einmal die Mühe gemacht, zu einzelnen Haushaltsansätzen Anträge zu stellen, sondern Sie haben einen Generalantrag eingebracht, den man allenfalls als Entschließungsantrag werten könnte. Aber nein, heute haben Sie zur Beschlussempfehlung des Haushaltsausschusses diesen Antrag erneut vorgelegt.

Bei der globalen Minderausgabe haben wir jetzt ein Volumen von ungefähr 540 Millionen €. Packen Sie Ihre 850 Millionen €, die Sie zusätzlich haben wollen, drauf, sind wir bei 1,4 Milliarden € globaler Minderausgabe. Das übersteigt das verfassungsrechtlich zulässige Volumen von 2 % um mindestens 200 Millionen €, Herr Kollege Krückel.

(Beifall von den GRÜNEN und von der SPD)

Auch Frau Asch hat vorhin beim Einzelplan 07 auf die Unzulänglichkeiten Ihres Antrags hingewiesen. Eines kommt hinzu: Sie tragen überhaupt keine Verantwortung für die Einzelheiten des Haushalts. Sie machen sich nicht die Mühe, zu den 68er-Titeln, die Sie global einsparen wollen, zu sagen, wo das

gehen soll. Sie machen sich nicht die Mühe auszuführen, dass zum Beispiel in der Obergruppe 68 alleine an Finanzierung für Hochschulen und Klinika 4 Milliarden € zur Verfügung gestellt werden. Sie machen sich auch nicht die Mühe zu sagen, dass zum Beispiel die BAföG-Mittel im Volumen von etwa 250 Millionen € bundesgesetzliche Angelegenheiten sind, bei denen überhaupt nichts einzusparen ist, Herr Kollege. Ihre Fraktion hat sich mit diesem Antrag komplett aus der seriösen Haushaltspolitik abgemeldet.

(Vorsitz: Präsident Eckhard Uhlenberg)

Herr Papke hat für die FDP in einer Pressemitteilung, die uns allen vorliegt, Änderungsanträge konkreter Art angekündigt. Ich kann Ihnen diese Mitteilung zustellen, wenn Sie sie nicht mehr haben. Aber nichts ist gekommen. Es gibt nur eine globale Ablehnung des Haushalts, keinerlei Einzelanträge. Auch Sie haben sich in dieser Frage komplett verabschiedet. Herr Papke hat sich sogar verstiegen zu sagen, hier seien nur Trickereien und Schummeleien vorgelegt worden. Ich finde es schon ein starkes Stück, wie Sie hier Haushaltspolitik machen.

(Beifall von der SPD)

Um es komplett zu machen: Die Kolleginnen und Kollegen von der Linken haben im Haushaltsausschuss Änderungsanträge in einem Volumen von 2 Milliarden € vorgelegt.

(Rüdiger Sagel [LINKE]: 2,3 Milliarden!)

Wer angesichts der haushaltspolitischen Lage auch nur ansatzweise auf diese Idee kommen kann, – 2,3 sind über 2 Milliarden, Rüdiger! –, wer auf diesen Trichter kommen kann, der muss auf irgendeinem anderen Stern unterwegs sein, liebe Kolleginnen und Kollegen von der Linken.

Mich ärgert schon: Wer im Haushaltsausschuss unseren Anträgen in wesentlichen Teilen zustimmt, aber hier im Plenum an keiner Abstimmung teilnimmt, sich aber in Redebeiträgen über die angebliche Untätigkeit der Koalition auslässt, der ist so was von schizophren und dem Parlament nicht mehr zuträglich, dass man sich schon überlegen muss, mit welcher Ernsthaftigkeit Sie an die Debatte herangehen.

(Rüdiger Sagel [LINKE]: Du bist ja ein ganz Schlauer!)

Wenn Sie maßgeblichen Anteil daran haben, sollte sich die Fraktion überlegen, ob sie in ihrer Fraktion noch den richtigen Berater zu diesem Thema hat.

(Rüdiger Sagel [LINKE]: Unverschämt! – Bärbel Beuermann [LINKE]: Jetzt werden wir wieder sachlich und kommen zur Debatte zurück!)

– Ich bin sehr sachlich, Frau Kollegin Beuermann.

Unsere Anträge im Haushaltsausschuss haben deutlich gemacht, dass wir uns bis in Feinheiten hinein, die Sie kritisieren – wie zum Beispiel die Fragen danach, was investiv und was konsumtiv ist, auf welche Titel man verzichten kann und welche ganz- bzw. halbjährlich sind –, sehr dezidiert und konsequent mit dem Haushalt auseinandergesetzt haben. Letztendlich haben wir zu einer Haushaltsverbesserung in einer Größenordnung von über 2,3 Milliarden € beigetragen. Da ist von Ihnen, liebe Kolleginnen und Kollegen, den Supersparern, nichts gekommen.

Ich sage Ihnen noch etwas: Der Finanzminister wird sich vielleicht noch dezidierter mit der Struktur befassen.

Wenn man einen Vergleich mit Ihrem Haushalt vornimmt, sich die Entwicklungszahlen anschaut und auf Ihre Änderungsanträge kommt, wird man feststellen: Die Differenz ist in der Summe marginal. Würde Herr Linssen noch regieren, müsste er wahrscheinlich ein höheres Haushaltsvolumen auf den Tisch legen. Wenn Sie ihn dazu zwingen müssten, die kommunalen Kosten hineinzuschreiben – das hat er ja bisher nicht getan –, dann würde es in diesem Bereich sogar zu Mehrausgaben kommen.

Ich will auf einen Punkt noch einmal hinweisen, der zur Struktur des Haushalts dazugehört: Sie haben im Bundesrat in den letzten drei Jahren dazu beigetragen, dass diesem Landeshaushalt zweieinhalb Milliarden € und den Kommunen 800 Millionen € Einnahmen verloren gegangen sind. Dann regen Sie sich – wie zum Beispiel heute der Kollege Fehring – darüber auf, dass 2 Millionen € bei der Abwassergebührenhilfe im GFG umgeschichtet werden. Wie das zusammenpasst, müssen Sie mit sich ausmachen. Aber klar ist: Die größte Gefahr für den Landeshaushalt Nordrhein-Westfalen ist in dem Zusammenhang immer noch die schwarz-gelbe Bundesregierung.

(Beifall von den GRÜNEN und von der SPD)

Ganz kurz will ich noch auf die Laumannsche Schummel-Liste eingehen. Laumann hatte groß angekündigt: Wir machen Neuwahlen! Wir ziehen euch vor den Kadi! – Nachdem Sie schon in der zweiten Lesung nichts präsentieren konnten, bin ich sehr auf das gespannt, was am 18. Mai passiert. Ich würde mehrere Kisten Stauder wetten, dass Sie mit großem Getöse Anlauf nehmen, aber wieder als Bettvorleger landen.

Ich habe eben schon die 750 Millionen € globale Minderausgabe klassifiziert. Obwohl die EZB die Zinsen anhebt, tun Sie so, als könne von einer Zinsminderung ausgegangen werden. Sie rechnen BAföG-Mittel in globale Minderausgaben hinein. Sie wollen pauschal bei den Hochschulen sparen, rechnen aber nicht vor, wo das gehen soll. Sie rechnen das angebliche rot-grüne Lametta gleich zweimal

dem Haushalt zu und sind nicht in der Lage, ordnungsgemäße Zahlen vorzulegen.

Viele Redner beeilen sich ja auch, zu sagen: Wir sind gar nicht gegen die ganzen Einzelmaßnahmen, die ihr hier vorschlagt, nur global könnt ihr nicht sparen. – Es war schon beeindruckend bei den Einzelplanberatungen, wie sich die Rednerinnen und Redner von CDU und FDP immer beeilt haben, dass sie allem hier zustimmen wollen. Den wesentlichen Bereich der 650 Millionen € für die Kommunen hat ja auch Herr Laumann schon für sakrosankt erklärt. Das ist schon sehr beeindruckend.

Aber Sie haben neben Ihrer Behauptung, dass man hier über unser Konzept hinaus einsparen könnte, nichts vorgelegt. Sie sind mit Ihrer Strategie komplett gescheitert, und Sie werden im Mai auch die Folgen davon zu spüren bekommen, wenn die Zeitungen dann schreiben: Große Ankündigung – nichts ist dem gefolgt; das sind CDU und FDP.

(Beifall von den GRÜNEN und von der SPD)

Präsident Eckhard Uhlenberg: Vielen Dank, Herr Abgeordneter. – Für die FDP-Fraktion spricht Frau Abgeordnete Freimuth.

Angela Freimuth (FDP): Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Die vergangenen zwei Tage haben zwei Aspekte besonders deutlich gemacht.

Erstens. Es lohnt sich, intensiv über den Haushalt zu diskutieren, auch wenn die eine oder andere Kollegin oder der eine oder andere Kollege vielleicht die Art und Weise, wie wir das gemacht haben, über die Rituale und darüber geklagt hat, dass die Debatte nicht sonderlich lebhaft war. Vielleicht regt das durchaus zum Nachdenken an.

Zum anderen muss man feststellen, dass der Haushalt mit seinen vielen Tausend Ansätzen natürlich das Spiegelbild der fachlichen Politik ist, die in diesem Land gemacht wird, die ausgeübt werden soll. Ebenso kontrovers, wie wir die Politik diskutieren, wird auch die Haltung zu den Zahlen, die wir in diesem Haushaltsentwurf haben, sein. Die Haushaltsdebatten sind spannend, weil damit natürlich die Politik gezwungen wird, ihre fachlichen Bewertungen von Ausgaben und die daraus gezogenen Schlussfolgerungen und das praktische Ausgabeverhalten in einen Gesamtkontext einzusortieren.

Zu dem, was Herr Kollege Mostofizadeh sagte: Ja, bei den einzelnen Maßnahmen habe ich schon sehr genau darauf geachtet, und es sind auch sehr deutliche Akzente gesetzt worden, zu welchen Einzelmaßnahmen eine Zustimmung gegeben werden kann und an welchen Stellen abgelehnt wurde.

Man muss aber einmal nüchtern feststellen: Jeder eingenommene Euro kann letztlich nur einmal ausgegeben werden. Deswegen muss bei jedem Aus-

gabewunsch, der geäußert wird, an anderer Stelle eine Einsparung vorgenommen werden. Was immer noch nicht hinreichend deutlich wird: Es muss das Ziel von uns als Haushaltsgesetzgeber sein, nicht nur die Nettokreditaufnahme abzusenken, idealerweise auch unter die Investitionssumme, sondern nach Möglichkeit überhaupt keine neuen zusätzlichen Schulden aufzunehmen, sondern unsere Ausgaben aus den Einnahmen zu decken.

(Beifall von Ralf Witzel [FDP])

Das muss doch zumindest die Zielbeschreibung sein, im Übrigen auch ohne die Vorgaben aus der grundgesetzlichen Schuldenbremse.

(Zuruf von Martin Börschel [SPD])

Wenn hier gerade von dem Kollegen gesagt wurde, man müsse doch auch einmal schauen, wie das in den letzten fünf Jahren gewesen ist und wie da die Ausgangsbasis war, zum Beispiel bei der Frage der Zinsbelastung, dann will ich nur darauf hinweisen – ich habe das heute an anderer Stelle schon getan –, dass das Land Nordrhein-Westfalen zwischen 1995 und 2005 durch die Mehrheiten im Parlament, durch die rot-grünen Mehrheiten als Haushaltsgesetzgeber, 50 Milliarden € Schulden allein in diesen zehn Jahren aufgenommen hat – und weiß Gott nicht nur in Phasen, in denen möglicherweise Steuereinnahmen geringer ausgefallen sind als prognostiziert.

Trotzdem will ich deutlich sagen, dass es bei diesen komplexen Haushaltsverhandlungen, die in einem sehr ambitionierten Zeitplan vorgenommen wurden – ich habe im Haushalts- und Finanzausschuss dazu etwas gesagt und an der einen oder anderen Stelle auch Zustimmung von den Kolleginnen und Kollegen erfahren –, ein Verfahren gewählt wurde, bei dem wir aus dem Selbstverständnis als Haushaltsgesetzgeber durchaus hinterfragen müssen, ob das wirklich sachdienlich ist und unserem eigenen Selbstverständnis entspricht.

Egal, ob nun durch die Appelle der Opposition oder durch die Anmerkungen der Verfassungsrichter oder auch durch eigene Erkenntnis, muss man einfach konstatieren, dass die Regierung und die sie tragenden Fraktionen SPD und Grüne in der Zwischenzeit immerhin so weit gegangen sind, dass sie diesen ursprünglichen Haushaltsentwurf, der noch im Regierungsentwurf eine Nettokreditaufnahme von 7,8 Milliarden € vorsah, dahin gehend korrigiert hat, dass wir jetzt zwischen Investitionssumme und Nettokreditaufnahme noch ein Gap von knapp 1 Milliarde € haben.

(Zuruf von der SPD: 100 Millionen!)

Das ist schon einmal eine deutliche Verbesserung. Das ist ein Schritt in die richtige Richtung, und das muss man auch anerkennen. Es gibt eine Reihe von Einzelmaßnahmen, die auch wichtig sind. Da der Haushalt regelmäßig einen Bodensatz von nicht benötigten Mitteln ausgewiesen hat – das kann man

über die letzten Jahre verfolgen; da gibt es auch eine Vorlage vom Finanzministerium, die das sehr anschaulich macht –, ist die Erhöhung der globalen Minderausgabe zwar nicht besonders ehrgeizig, aber immerhin schon einmal ein richtiger Schritt. Es ist wichtig, dass das gerade vor dem Hintergrund, dass wir jetzt fünf Monate in vorläufiger Haushaltsführung sind, mehr als erreichbar ist.

Zweiter Punkt. Dass die Steuermehreinnahmen, sozusagen die Erwartungen an das, was wir wahrscheinlich im Mai bei der Steuerschätzung erfahren werden, anpasst werden, ist ebenfalls – sage ich mal – wirklich mit dem Bemühen von Haushaltswahrheit und Haushaltsklarheit, zumindest was die Zielbeschreibung angeht, ein ganz wichtiger Schritt.

Wir kritisieren allerdings, dass die Fraktionen von SPD und Grünen dem Land nach wie vor auch Möglichkeiten entziehen. Zum Beispiel ist die Frage der Studienbeiträge an vielen Stellen, auch in dem Einzelplan, diskutiert worden. Wir halten die Abschaffung für eine Fehlentscheidung. Das Gleiche gilt für die Entscheidung, zum jetzigen Zeitpunkt in dieser Haushaltslage das letzte Kindergartenjahr beitragsfrei zu stellen. Das sind durchaus Maßnahmen, die aus unserer Sicht zu einer Verschlechterung der Haushaltssituation absichtsvoll herbeigeführt werden in einer Art und Weise, die wir nicht teilen.

Was wir auch nicht teilen, ist der Bereich, wo Sie sich das Ganze wieder ein bisschen schöner gestalten: beim Wasserentnahmeentgelt, bei der Erhöhung der Grunderwerbsteuer. Hier sind wieder einmal die Bürgerinnen und Bürger diejenigen, denen Sie in die Tasche greifen, und das insbesondere an den Stellen, wo Arbeitsplätze gefährdet werden und wo man Gefahr läuft, dass Investitionen nicht gemacht werden.

(Beifall von Ralf Witzel [FDP])

Hier sagen wir ganz deutlich, dass dadurch auch eine Schwächung des Wirtschaftsstandorts Nordrhein-Westfalen zu befürchten ist, die wir so nicht wollen. Denn die Grundvoraussetzung dafür, die auch von Ihnen prognostizierten und in die Ansätze eingebrachten Steuermehreinnahmen verzeichnen zu können, ist, dass Nordrhein-Westfalen ein Land ist, das sich klar als Wirtschaftsstandort, als Industriestandort definiert, der den Menschen Arbeit und Beschäftigung bringt, die Grundlage für Wohlstand und eigenes Einkommen.

(Beifall von Ralf Witzel [FDP])

Wir werden sicherlich noch detaillierter erörtern – immerhin haben wir die Änderungsanträge der Koalitionsfraktionen im Haushalts- und Finanzausschuss vorgelegt bekommen –, dass bei Anträgen, die fundierte Kenntnisse inneradministrativer Vorgänge offenbaren, möglicherweise Anhörungsrechte entstanden wären, wenn die Landesregierung diese in Form einer Ergänzungsvorlage eingebracht

hätte. All das ist ein bisschen selbsterklärend; jeder versteht das schon ganz richtig.

(Martin Börschel [SPD]: Sprechen sie aus Erfahrung, Frau Kollegin?)

Wir haben dafür wenig Verständnis; wir finden das nicht akzeptabel. Wir werden nun in aller Ruhe die von Ihnen vorgenommenen Änderungen prüfen. Ich habe bereits im Haushalts- und Finanzausschuss gesagt, dass wir konstruktive Vorschläge machen werden, wie dieser schon verbesserte Haushaltsentwurf weiter verbessert werden kann, mit der Zielbeschreibung, auch die Nettokreditaufnahme zulasten nachfolgender Generationen weiter abzusenken.

Eine Anmerkung noch zum Einzelplan 12: Die Einrichtung von 200 neuen Stellen in der Betriebsprüfung findet auch die grundsätzliche Zustimmung der FDP. Denn wir wissen genau, dass die Sicherstellung der Gleichmäßigkeit der Steuererhebung und der Steuergerechtigkeit

(Beifall von Hans-Willi Körfges [SPD] – Zuruf von der SPD)

für die Akzeptanz von Besteuerung überhaupt ein ganz wichtiges Ziel ist

(Zurufe von der SPD)

– das Aber kommt gleich noch, liebe Kollegen –, und zwar mit Blick auf Steuerehrlichkeit, die wir dem Bürger im Grundsatz doch unterstellen wollen.

(Zuruf von Hans-Willi Körfges [SPD])

– Herr Kollege Körfges, das habe ich immer schon gesagt. Sie kennen diese Ausführungen schon. Insofern ist das kein neues Thema, das wir im Parlament besprechen.

Gleichwohl will ich klar sagen, dass all dieses Wünschenswerte natürlich nicht zulasten des Innendienstes gehen darf. Dazu ist gerade schon Hinreichendes gesagt worden. Es müssten die 200 Stellen an anderer Stelle eingespart werden. Ich sage ausdrücklich: außerhalb des Einzelplans 12. Das ist ambitioniert. Wir haben das in den vergangenen fünf Jahren ebenfalls als Zielbeschreibung gehabt und in der Abwägung der Ziele nur bedingt erfolgreich ausgestalten können.

Es gibt darüber hinaus weitere äußerst wichtige Möglichkeiten, auch für den Einzelplan 12 und die Finanzverwaltung in besonderer Weise: uns noch einmal mit der Frage der Beförderungssituation im mittleren Dienst – A 9 bzw. A 9/Z – auseinanderzusetzen. Das werden wir im Fachausschuss vielleicht noch an anderer Stelle detailliert diskutieren können. – Für heute jedenfalls danke für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall von der FDP und von der CDU)

Präsident Eckhard Uhlenberg: Vielen Dank, Frau Abgeordnete Freimuth. – Für die Fraktion Die Linke spricht der Abgeordnete Sagel.

Rüdiger Sagel (LINKE): Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren! Zuerst möchte ich ein paar allgemeine Worte zur gerade erlebten Debatte sagen. Wenn zu dieser Stunde im Landtag vonseiten der CDU von Orgien die Rede ist, Herr Krückel, kann ich nur sagen: Für die Steuerorgien war in den letzten Jahren die CDU ganz maßgeblich verantwortlich. Denn Sie haben Steuersenkungspolitik betrieben bis hin zu der völlig inakzeptablen Nummer mit der Mövenpick-Spende, an der Ihr Koalitionspartner im Bund, die FDP, ganz maßgeblich beteiligt war.

(Beifall von der LINKEN und von Serdar Yüksel [SPD])

Was Sie überhaupt nicht wahrhaben wollen und völlig ignorieren, ist, dass es in diesem Land nach wie vor Massenarbeitslosigkeit ...

Präsident Eckhard Uhlenberg: Herr Abgeordneter, würden Sie eine Zwischenfrage der Frau Abgeordneten Freimuth zulassen?

Rüdiger Sagel (LINKE): Ja, später. Ich möchte erst noch ein bisschen reden.

Was Sie überhaupt nicht wahrnehmen wollen und ignorieren, ist Massenarbeitslosigkeit, ist Massenarmut.

(Zuruf von Angela Freimuth [FDP])

– Frau Freimuth, ich komme noch auf Sie zurück. Lassen Sie mich doch erst mal ein bisschen vortragen. Ich habe noch gar nicht richtig angefangen. Mein Gott, haben Sie noch ein bisschen Geduld!

Sie wollen überhaupt nicht wahrhaben, dass es das in Nordrhein-Westfalen nach wie vor gibt. Wenn man die Vorschläge der CDU wirklich ernst nimmt – bis hin zur Weisbrichschen Nulllage, die er vor allem damit untermauert, die globale Minderausgabe auf über 1 Milliarde € hochzutreiben, bei der das Parlament überhaupt nicht mehr beteiligt ist, wie das konkret umgesetzt wird –, muss man sich fragen: Was machen Sie hier eigentlich für eine Politik?

(Beifall von der LINKEN)

Ich möchte noch ein paar Sätze zu dem sagen, was wir im Ausschuss mit Ihnen erlebt haben: ein Schauspiel besonderer Art. Die CDU kommt im Haushalts- und Finanzausschuss genau mit zwei Anträgen rüber. Einer davon war sogar rechtlich falsch; Sie mussten ihn zurückziehen. Von einer Fraktion, die seit Ewigkeiten im Landtag Nordrhein-Westfalen sitzt, kann man eigentlich etwas anderes erwarten.

(Beifall von der LINKEN)

Dass der neuen Fraktion Die Linke der eine oder andere Fehler passiert, kann sicherlich vorkommen. Aber bei Ihnen so etwas zu erleben, ist schon abenteu-
erlich.

Noch besser die FDP: null Anträge. Nicht einen einzigen Antrag haben Sie gestellt.

(Ralf Witzel [FDP]: Warten Sie mal ab, die kommen alle noch!)

Das ist die Realität. Sie mögen uns kritisieren. Wir haben 87 Anträge gestellt. Sechs Anträge sind entweder beschlossen worden oder zumindest in die richtige Richtung gegangen, sodass wir sie gemeinsam mit den Koalitionsfraktionen beschlossen haben. Das ist für eine Oppositionspartei gar nicht so schlecht, wenn man sieht, dass Sie beide auf der Oppositionsbank da drüben noch nicht einmal sechs Anträge zustande gebracht haben.

(Beifall von der LINKEN)

So viel dazu. Ich meine, das ist wirklich Arbeitsverweigerung.

(Beifall von der LINKEN und von Serdar Yüksel [SPD] – Zuruf: Das ist doch gar nicht Thema!)

Bei den Grünen scheint die Vergangenheitsbewältigung offensichtlich noch nicht so ganz funktioniert zu haben. Vielleicht wird Kollege Mostofizadeh noch ein bisschen daran arbeiten; er ist ja noch jung.

Das gesamte Haushaltsverfahren ist sicherlich mehr als fragwürdig. Das sage ich auch so deutlich. Wenn man hier erlebt, dass Anträge von den Koalitionsfraktionen eingebracht werden, die eigentlich von der Regierungsbank hätten eingebracht werden müssen – auch das an die Adresse von SPD und Grünen –, ist das schon ein merkwürdiges Verfahren.

(Ralf Witzel [FDP]: In der Tat!)

Ich finde auch, dass die massiven Korrekturen, die mittlerweile an dem Haushalt vorgenommen worden sind, mehr als fragwürdig sind, vor allem, wenn man sieht, dass auch die Koalitionsfraktionen mittlerweile eine globale Minderausgabe von über 500 Millionen € ausgebracht haben. Auch das ist parlamentarisch eigentlich völlig inakzeptabel. Sie wissen, dass wir damit der Regierung sozusagen anheimstellen, wo sie denn diese Minderausgaben ausbringt. Auch das gehört zur Realität.

(Beifall von der LINKEN)

Eines ist sicherlich deutlich: Wir haben massive Bedarfe, insbesondere bei den Kommunen in Nordrhein-Westfalen. Deswegen haben wir als Linke Haushaltsverbesserungen in Höhe von fast 1 Milliarde € für die Kommunen in den Haushalt eingebracht. Diese sind zum größten Teil abgelehnt worden – das ist die Realität –, aber die Situation

der Kommunen ist nach wie vor dramatisch. Das haben wir auch bei der Anhörung, die wir im Landtag durchgeführt haben, gehört. Nach wie vor wird es sehr dringend notwendig bleiben, mehr für die Kommunen zu tun.

Wir als Linke haben aber auch sehr deutlich gesagt: Wir wollen einen Politikwechsel. Dieser Politikwechsel ist durch diesen Haushalt, den die Fraktionen von SPD und Grünen vorgelegt haben, im Ansatz steckengeblieben. Das ist kein Wunder; denn es ist eine angstgesteuerte Politik, die hier betrieben wird. Man hat Angst vor dem Verfassungsgerichtshof in Münster. Das Spardiktat hat natürlich gewirkt. Auch der Verfassungsgerichtshof hat natürlich – das sage ich sehr deutlich – die neoliberale Schere im Kopf, anstatt wirksame Zukunftsinvestitionen zuzulassen, doch habe ich, ehrlich gesagt, nichts anderes erwartet.

Eines ist klar: Wenn man eine soziale und ökologische Zukunftsperspektive in Nordrhein-Westfalen haben will – und das angesichts der Situation, dass wir den Ausstieg aus dem atomaren Zeitalter realisieren –, dann ist es notwendig, viel, viel mehr im Bereich Ökologie und soziale Gerechtigkeit zu tun. Da sehen wir nach wie vor große Lücken, auch bei dem, was die Landesregierung vorgelegt hat.

(Beifall von der LINKEN)

Wir haben diese 87 Anträge deswegen gestellt, weil wir meinen, es muss wesentlich mehr im Bereich Bildung und im Bereich Soziales nachgebessert werden. Auf der anderen Seite haben wir – das muss man auch sehen und akzeptieren – aber auch durchaus Kürzungsvorschläge gemacht. Bestimmte Sachen in diesem Landeshaushalt finden wir nicht sinnvoll. Ich weiß nicht – mein Lieblingsbeispiel –, warum es eine Landesaufgabe ist, Pferdezucht in Warendorf zu betreiben. Das erschließt sich, glaube ich, niemandem.

Die Grunderwerbsteuer soll von 3,5 auf 5 % erhöht werden. Dazu kann ich nur deutlich sagen: Das ist eine wirksame Sache, die auch auf Die Linke zurückgeht; denn die Landesregierung hätte sich, glaube ich, in der Frage nicht so schnell bewegt, wenn wir nicht entsprechend Druck gemacht hätten. Das muss man auch einmal sehen.

(Beifall von der LINKEN)

Wenn wir schon über Einnahmeverbesserungen reden, dann ist es sehr wichtig, dass wir diesen Weg auch in Zukunft weitergehen. Denn eines ist klar: Auch wir wollen Haushalte sanieren, sehr wohl, allerdings auf einem ganz anderen Weg als Sie. Sie wollen ein Spardiktat, Sie wollen Haushalte kaputtsparen, insbesondere vonseiten der CDU und der FDP, und das ist eine Politik, die wir so nicht wollen.

(Ralf Witzel [FDP]: Ihre Politik führt auf direktem Weg in den Staatsbankrott!)

Wir wollen endlich Steuergerechtigkeit in Deutschland.

(Beifall von der LINKEN)

Deswegen haben wir in den vergangenen Monaten die entsprechenden Anträge eingebracht. Wir warten immer noch darauf, dass die Regierungsfractionen endlich etwas in diese Richtung tun. Bisher ist nichts gekommen. Sie haben unsere Anträge nur stumpf abgelehnt. Zwar reden Sie davon, aber Sie handeln nicht. Das werden wir Ihnen auch weiterhin vorhalten.

Wir werden sehen, was sich in den nächsten Wochen bis zur Verabschiedung des Haushalts noch ergibt. Ich bin auch auf die steuerliche Entwicklung sehr gespannt. Wir haben heute mit Interesse zur Kenntnis genommen, dass der Wirtschaftsminister davon spricht, dass die Wirtschaft brummt. Das widerspricht ein bisschen dem, dass man vonseiten der Koalitionsfraktionen sagt, die Störung des gesamtwirtschaftlichen Gleichgewichts sei nach wie vor gegeben. Wir halten sie übrigens für gegeben, weil wir nämlich sehen, dass Massenarbeitslosigkeit und Massenarmut in Nordrhein-Westfalen nach wie vor gegeben ist. Das sage ich auch deutlich.

(Beifall von der LINKEN –Ralf Witzel [FDP]: Die Statistiken und der Wirtschaftsminister sagen das genaue Gegenteil!)

Sie müssen sich einmal die Konsistenz Ihrer Aussagen überlegen, als Regierungsfractionen und auch als Regierung, wenn hier so zwiespältige und widersprüchliche Aussagen gemacht werden, wie wir es in dieser heutigen Debatte erlebt haben.

Ich kann nur sagen: Konsistent ist das, was Sie machen, nicht. Von daher: Schauen Sie sich unsere Anträge noch einmal an! Wir werden den einen oder anderen noch zur dritten Lesung einbringen, weil wir nach wie vor dafür kämpfen werden, dass es mehr soziale Gerechtigkeit in Nordrhein-Westfalen gibt. Dafür sind wir hier und dafür kämpfen wir als Linke. – Danke schön.

(Beifall von der LINKEN)

Präsident Eckhard Uhlenberg: Vielen Dank, Herr Abgeordneter Sagel. – Für die Landesregierung spricht Herr Minister Dr. Walter-Borjans.

Dr. Norbert Walter-Borjans, Finanzminister: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich schätze es, dass wir über die Frage, wie wir den Haushalt weiterentwickeln, hart in der Sache debattieren. Es ist unübersehbar, dass sich seit der Einbringung dieses Haushalts eine Menge getan hat. Es ist allerdings auch, wie ich finde, sehr bezeichnend, wie Sie versuchen, sich die Veränderungen, die sich seit der Einbringung des Haushaltes ergeben haben, auf Ihre Fahnen zu schreiben und das als einen Erfolg zu sehen, der sich aus Ihrer Klage gegen

den Nachtragshaushalt 2010 ergeben hat. Sie stellen es ja so dar, dass das dazu geführt habe, dass dieser ganze Haushalt umgebaut worden sei.

Was ist denn eigentlich passiert? – Um es noch einmal ganz deutlich zu sagen: Die entscheidenden Punkte des Politikwechsels, den wir für 2011 im Haushalt angekündigt haben, sind in diesem Haushaltsentwurf enthalten. Sie sind nach der Ergänzung enthalten, und sie sind auch nach den Anträgen, die jetzt vorliegen, und den Veränderungen, die wir als Landesregierung selbst eingeleitet haben, enthalten.

(Beifall von der SPD)

Die Schwerpunkte bleiben in den nächsten Jahren: Bildung, Betreuung und Unterstützung der Kommunen, vor allem Abwenden einer absoluten Notsituation der Kommunen.

Im Übrigen hat sich noch etwas nicht geändert. Es hat sich auch nicht geändert, auch wenn Sie das nicht hören wollen, dass schon in der ersten Aufstellung des Haushalts 2011 die Einsparbemühungen eine Rolle gespielt haben, dass wir die Haushaltsposten durchgegangen sind, dass wir unter anderem auch globale Minderausgaben ausgebracht haben, teilweise auf die Einzelpläne bezogen, teilweise im Einzelplan 20. Dass diese Arbeit weitergegangen ist, dass die Einsparungen zugeordnet worden sind und dass noch einmal 130 Millionen € an konkreten Einsparungen aus den Haushaltstiteln erbracht worden sind, das alles hat dazu geführt, dass zunächst einmal auf der Ausgabenseite reduziert werden konnte, ohne dass an den Zielen, die wir verfolgen, etwas zu ändern war.

Das Wesentliche – da gibt es überhaupt kein Vertun – hat sich durch eine enorm bessere Einnahmewicklung verändert. Ich kann meinem Kollegen Harry Voigtsberger nur recht geben: Natürlich sprudeln die Steuerquellen. Natürlich ist die Wirtschaft im Aufwind. Das ist überhaupt keine Frage. Die Frage ist allerdings, ob man aus dieser Momentaufnahme das Urteil ableiten kann, dass die Wirtschaft wieder im Gleichgewicht ist.

Nach dem magischen Viereck des Stabilitätsgesetzes gehört es zum Wachstumsteil, nicht einmal ein möglichst hohes Rekordwachstum zu erzeugen, sondern, wie es da heißt, ein angemessenes und stetiges Wachstum zu haben.

Wenn Sie im Jahre 2008 plus 1,7 % haben, wenn Sie im Jahre 2009 minus 5,6 % haben, wenn Sie im Jahr 2010 wieder plus 3,5 % haben und wenn jetzt ein wieder etwas abgeschwächtes Wachstum für 2011 angesagt ist – wie wollen Sie daraus jetzt schon das stetige und angemessene Wachstum ableiten und das Gleichgewicht wiederhergestellt sehen?

Ich füge noch etwas anderes hinzu – das ist heute schon mehrfach angesprochen worden –: Wenn

unsere Kommunen zum heutigen Tage schon 20 Milliarden € Kassenkredite haben, wenn uns Lenk und Junkernheinrich, Gutachter, die in Ihrem Auftrag noch ihre Arbeit begonnen haben, zur Entwicklung sagen, im Jahre 2020 würden es 50 Milliarden € sein, dann halte ich die Schlussfolgerung, alles wäre schon auf dem Weg zum Gleichgewicht, für ziemlich abenteuerlich.

Ich weiß es auch, ich erlebe es in allen Gesprächen, die ich führe, dass es die Frage gibt: Ist das jetzt eine Störung? Kann man noch von einer Störung reden, wenn im Augenblick die Steuern wieder zunehmen, wenn dahinter das Wachstum auch wieder zulegt? Dann ist das eine sehr schöne Entwicklung, über die ich mich sehr freue, die diesen Haushalt enorm entlasten kann, von der wir aber auf der anderen Seite bei all dem, wie wir es einordnen müssen, nicht wissen, in welche Richtung sie führt, was in der Welt passiert und ob wir bei der globalen Vernetzung unserer Wirtschaft wirklich darauf bauen können.

(Ralf Witzel [FDP]: Wo ist denn da Ihr Beitrag?)

Wir haben zwei grundlegend unterschiedliche Auffassungen von Konsolidierung. Das sollten wir uns in der Debatte deutlich vor Augen halten. Wir haben eine chronische Unterdeckung, die der Haushalt in Ihrer Regierungszeit genauso hatte, wie er sie vorher hatte und wie er sie auch jetzt noch hat. Sie gaukeln vor, dass Sie die in den Griff kriegen, indem Sie die Ausgaben reduzieren, die Geldhähne zudreihen, und damit sei das dann schon alles geregelt. Das hat in Wahrheit nie funktioniert, und das wird auch nicht funktionieren.

(Beifall von der SPD)

Ich weiß, dass ich mich an dieser Stelle wiederhole, wenn ich sage: Das hat immer nur dann scheinbar funktioniert, wenn man bei einer Konjunktur den nötigen Rückenwind hatte, um mit der Neuverschuldung herunterzugehen.

Sie sagen, Zinsen seien eine Last auf die Zukunft. Da kann ich Ihnen nicht widersprechen. Ich sage nur: Die Hauptlast für die Zukunft sind falsche Weichenstellungen heute.

(Beifall von der SPD)

Und eine Hauptlast sind auch die Versäumnisse aus Ihrer Regierungszeit. Eine Hauptlast sind auch schon wieder die Vorschläge, die Sie jetzt zur Konsolidierung des Haushaltes bringen.

(Beifall von der SPD und von den GRÜNEN)

Der Weg, den wir gehen, ist ein anderer. Er heißt: jetzt die Weichen stellen, damit wir wirklich eine Entlastung des Haushalts in der Zukunft haben. Das geht nur, wenn jetzt für Bildung gesorgt wird, wenn jetzt für Betreuung gesorgt wird, wenn jetzt dafür gesorgt wird, dass dieser Ausgabenüberhang mor-

gen nicht entsteht, der dann die Zinsen von übermorgen bringt.

(Beifall von der SPD – Ralf Witzel [FDP]:
Welch eine Märchenstunde!)

– Es ist schön, dass Sie das für eine Märchenstunde halten. Denn das, was Sie die ganze Zeit erzählt haben, hat sich mittlerweile als Märchen erwiesen. Das zeigt nämlich, dass auf diese Weise kommunale Haushalte absolut in den Keller gehen

(Beifall von der SPD)

und dass Landeshaushalte auf diese Art auch nicht ins Gleichgewicht zu bringen sind.

(Widerspruch von der CDU)

Ich gebe gerne zu – das spielt im Haushalts- und Finanzausschuss immer eine Rolle –: Sie müssen als Opposition nicht die Regierungsarbeit übernehmen. Aber man könnte schon überlegen, ob Opposition nicht auch so aussehen kann, dass man Alternativen vorschlägt und sich nicht nur hinstellt und sagt: Wir wissen es besser; das, was ihr jetzt macht, ist sowieso nur alles entstanden, weil wir Druck gemacht haben.

(Armin Laschet [CDU]: So ist es!)

Dann legen Sie einen Entwurf vor – es wurde heute schon mehrfach angesprochen –, in dem Sie nicht als Ergebnis 3,8 Milliarden € Neuverschuldung haben, sondern es sieht jeder, dass Sie die als Ausgangspunkt genommen haben und gefragt haben: Wie komme ich jetzt dahin?

(Beifall von den GRÜNEN)

Das ist ja eine wunderbare Idee, wenn man dann 700 Millionen € zusätzliche globale Minderausgabe braucht, um das zu erreichen.

(Zuruf von Hans-Willi Körfges [SPD])

Wir können uns darauf verständigen: Wenn die Minderausgabe kommt und wenn die 100 Millionen € Zinseinsparungen, die Sie eingesetzt haben, kommen, dann können wir die bei uns auch abziehen. Dann sind wir schon wieder auf einer fast gleichen Größenordnung. Das ist doch kein substantieller Gegenentwurf zu dem, was die Landesregierung und die Regierungsfaktionen mit ihren Änderungsanträgen gebracht haben.

Ich kann nur noch einmal sagen: Wir haben mit diesem Haushalt einen in der Substanz von Anfang an richtigen Haushalt vorgelegt.

(Zurufe von der CDU)

Wir haben jetzt zur Kenntnis zu nehmen: Hier wurde eben von dem Wunder gesprochen, dass der Finanzminister höhere Steuern ansetzt. Herr Krückel, ich kann Ihnen sagen: Mich hat gewundert, dass Sie schon nach dem ersten Monat, der noch der zweitschlechteste in den letzten fünf Jahren war, wussten, wie viel mehr Steuereinnahmen es gibt.

Ich habe immer gesagt: Ich brauche ein Vierteljahr. Lasst mich mal gucken, wie das erste Quartal aussieht, und dann kann ich euch mehr sagen. Nach diesem ersten Quartal kann man diese Prognose wagen.

Deswegen sage ich noch einmal: Mit den Zahlen, die wir jetzt aus dem Ursprungshaushalt heraus mit den Ergänzungen mit den Anträgen, die jetzt von den Fraktionen gestellt worden sind, haben, haben wir einen Ansatz für einen Haushalt, der geeignet ist, die Lasten der Zukunft zu nehmen, auch die Gleichgewichtsstörung zu beseitigen und damit auch ein Gleichgewicht für die nächsten Jahre in diesen Haushalt zu bringen und die Möglichkeit zu eröffnen, wirklich eine Schuldenbremse zu erreichen. – Danke schön.

(Beifall von der SPD und von den GRÜNEN)

Präsident Eckhard Uhlenberg: Vielen Dank, Herr Minister. – Gibt es weitere Wortmeldungen? – Das ist nicht der Fall.

Da keine weiteren Wortmeldungen mehr vorliegen, schließe ich die Beratungen zu den Einzelplänen 12 und 20.

Wir kommen zu den Abstimmungen. Erstens stimmen wir über den Einzelplan 12 ab. Der Haushalts- und Finanzausschuss empfiehlt in seiner **Beschlussempfehlung Drucksache 15/1712**, diesen Einzelplan in der Fassung seiner Beschlüsse anzunehmen. Wer dem seine Zustimmung geben kann, den bitte ich um das Handzeichen. – Wer kann dem nicht seine Zustimmung geben? – Wer enthält sich? – Damit ist diese Beschlussempfehlung **angenommen** und der **Einzelplan 12** mit den Stimmen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen gegen die Stimmen von CDU und FDP bei Nichtbeteiligung der Fraktion Die Linke **verabschiedet**.

Zweitens kommen wir zur Abstimmung über den Einzelplan 20. Der Haushalts- und Finanzausschuss empfiehlt in seiner **Beschlussempfehlung Drucksache 15/1720**, diesen Einzelplan in der Fassung seiner Beschlüsse anzunehmen. Wer dem seine Zustimmung geben kann, den bitte ich um das Handzeichen. – Wer kann dem nicht zustimmen? – Wer enthält sich? – Damit ist auch diese Beschlussempfehlung **angenommen** und der **Einzelplan 20** mit den Stimmen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen gegen die Stimmen von CDU und FDP bei Nichtbeteiligung der Fraktion Die Linke in zweiter Lesung **verabschiedet**.

(Beifall von den GRÜNEN)

Damit sind alle Einzelpläne beraten, und wir kommen zur Schlussabstimmung.

Erstens stimmen wir über den **Änderungsantrag** der Fraktion der CDU **Drucksache 15/1758 ab**. Wer dem seine Zustimmung geben kann, den bitte